



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 24.05.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 19.04.2018, 15:30 Uhr bis 19:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Stephan Boyens	AfD
---------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Nickenig	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Markus Wiener	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
------------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Figen Maleki Balajou	LiL
---------------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Herr Carsten Effert	Arbeiterwohlfahrt
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region

Frau Stella Shcherbatova

Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Beratende Mitglieder

Herr David Klapheck

Synagogen-Gemeinde Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden und insbesondere Herrn Pfeifer und Frau Kupferer vom Stadtsportbund Köln (SSBK), die zu Beginn der Sitzung den SSBK und seine Arbeit vorstellen werden.

Er eröffnet die Tagesordnungsdebatte mit dem Vorschlag, TOP 2.1 in die nächste Sitzung zu schieben, da hier noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Wenn der Dringlichkeit von TOP 2.2 zugestimmt wird, schlage er vor, diesen TOP zusammen mit TOP 9.1.2 zu behandeln.

RM Frau Heuser führt hierzu an, dass TOP 2.2, 9.1.2 und TOP 14.1 im RPA behandelt werden und somit schlage sie vor, die Tagesordnungspunkte dort hin zu schieben.

RM Frau Hoyer entgegnet, dass sie es gut findet, wenn der RPA sich mit der Thematik beschäftige, aber das Thema der Flüchtlingsunterbringung sei immer auch durch den Sozialausschuss gelaufen. Aktuell müsse sie alle diesbezüglichen Informationen der Presse entnehmen und daher plädiere sie dazu, diese Punkte nicht zu schieben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass er kein Mandat habe, die Beantwortung seiner Anfrage in einen anderen Ausschuss zu schieben. Die Anfrage wurde im Sozialausschuss gestellt und müsse somit auch dort beantwortet werden.

RM Frau Gärtner unterstützt den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da der Sachverhalt sehr komplex sei. Dahinter stehe der Gedanke, dass der RPA das aufarbeite und dort auch die Anfragen beantwortet werden. Die Thematik sei noch nicht genug aufgearbeitet worden, als dass der Sozialausschuss sich damit befassen könne. Das Ergebnis wolle man natürlich hier als Diskussionsgrundlage vorgelegt bekommen.

RM Herr Detjen sagt, dass gemäß Geschäftsordnung die Dringlichkeit begründet und beschlossen werden müsse, bevor man über diesen Antrag diskutiere.

Er halte es für verwerflich ohne Diskussion einfach einen Antrag weiterzuschieben und die antragsstellende Partei somit zu übergehen.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes anwesend seien und diese die Sozialdebatte interessiere, da das ein ganz anderer Blickwinkel sei.

Er appelliert an eine inhaltliche Diskussion zu diesem Thema.

RM Frau Heuser erklärt, dass das Rechnungsprüfungsamt zu einer weiteren Klärung aufgerufen worden sei. Diese Klärung liege aktuell nicht vor. Solange diese nicht vorliege, ergebe es keinen Sinn darüber erneut zu diskutieren.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lässt darüber abstimmen, ob eine Dringlichkeit vorliegt oder nicht.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion bei Stimmengleichheit **abgelehnt**.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold verweist auf die Geschäftsordnung, die besagt, dass seiner Fraktion bezüglich TOP 9.1.2 und 14.1 die Möglichkeit gegeben werden müsse, zwei Nachfragen zu stellen. Somit sehe er sich außerstande diese Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen.

Er erläutert, dass ein Dringlichkeitsantrag, dessen Dringlichkeit abgelehnt wurde, automatisch auf der nächsten Tagesordnung erscheine.

Bezüglich TOP 4.1 schlägt er vor, diesen ebenfalls zu schieben, da die zugesagte Anlage seitens der Verwaltung nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Ludwig, Leiter des Amtes für Wohnungswesen erläutert, dass der Bericht vorliegt, er habe jedoch den Rechnungsprüfungsausschuss nicht rechtzeitig erreicht. Somit halte er den Vorschlag, die Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben, für angebracht.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erklärt, dass er den Bericht noch nicht gesehen habe. TOP 4.3 habe die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung bereits zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Herr Ludwig erklärt, dass die Bezirksvertretung Chorweiler, die in der Beratungsfolge als Erstes zu beteiligen war, Fristeneinrede vorgenommen hat. Man sei einen Tag zu spät gewesen. Daher habe die Verwaltung diese Vorlage zurückgestellt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass er seitens der Verwaltung gebeten wurde, TOP 7.3 unter TOP 12.12 zu behandeln, wegen der Kurzfristigkeit der Vorlage bittet er darum, diese Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben.

Ebenfalls schlage er vor TOP 9.2 in die nächste Sitzung zu schieben, da auch diese sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt wurde.

Die Tagesordnung wird daher **einstimmig** wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Präsentation des Sportbundes

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren AN/0209/2018

- 2.2 Prüfbericht zu den Nutzungsvereinbarungen zur Flüchtlingsunterbringung in Hotels
AN/0573/2018

- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
hier: Maßnahmebewilligungen 2018
0492/2018

- 3.2 Verteilung der Fördermittel 2018 "SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit"
0743/2018

- 4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

- 4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
0373/2018

- 4.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 hier: Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color und Informationsabend mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
0582/2018

- 4.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018

- 4.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018, hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
0946/2018

- 5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

- 6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

- 7 Wohnen**

- 7.1 Anfragen und Beantwortungen

- 7.2 Wohnraumförderung 2018
0999/2018

- 7.3 Eröffnung einer Einrichtung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung obdachloser alleinstehender Frauen in der Gleueler Str. 262-268/ Ecke Zülpicher Str., 50935 Köln („Krieler Dom“)
1004/2018

8 JobCenter Köln

- 8.1 Anfragen und Beantwortungen

- 8.2 Bericht des Jobcenter Köln
0921/2018

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 Anfragen und Beantwortungen

- 9.1.1 Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "Notwendige Überprüfung von Flüchtlingsheimen in Porz"
AN/0515/2018

Notwendige Überprüfung von Flüchtlingsheimen in Porz
1178/2018

- 9.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels"
AN/0572/2018

Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels
1232/2018

- 9.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“"
AN/0599/2018

- 9.2 Informationen zur Ombudsstelle für Flüchtlinge
1179/2018

- 9.3 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018
1192/2018

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des SE Dr. Mück im Ausschuss Soziales und Senioren vom 30.01.2018
hier: Reparatur der defekten „Treppenrandmarkierungen“ (beidseits eines Geländers) an der Domtreppe
0688/2018

11.1.2 Beantwortung einer mündl. Anfrage des RM Herrn Paetzold betreffend "Neuverpachtung der Gastronomie im Bürgerhaus Stollwerck"
1033/2018

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Neues Wohnen im Alter (NWIA) e.V."
AN/0459/2018

Neues Wohnen im Alter (NWIA) e.V.
Anfrage (AN/0459/2018) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 19.04.2018
1088/2018

11.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“"
AN/0463/2018

11.2.3 Anfrage SE Herr Dr. Dr. Mück betreffend "Sachstand Antrag S-Bahnhaltestelle Holweide"

11.2.4 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
AN/0540/2018

Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels
1218/2018

11.2.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018)"
AN/0581/2018

11.2.6 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette" AN/0587/2018

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

12.1 Projektbericht Clearingstelle Migration und Gesundheit Köln 0500/2018

12.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen 0714/2018

12.3 Besucherrekord: 2539 Seniorinnen und Senioren kamen zu den vierten Aktionstagen „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vorsorge-Tag in den Gürzenich 0785/2018

12.4 Bericht über die Beschlüsse des Ausschusses Soziales und Senioren gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln 0549/2018

12.5 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018

12.6 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht 0465/2018

12.7 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2017 und Kölner Sprachfest 2018 0948/2018

12.8 Mitteilung zur Beschlussvorlage 0081/2018 - Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 1087/2018

12.9 Fehlende Verlängerung des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2019 1099/2018

- 12.10 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft
Lesben, Schwule und Transgender
hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung
und Sitzungsgeld
1109/2018
- 12.11 Entwicklung Stadtteilmütter-Projekt in Mülheim, Beantwortung der Anfrage der
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Kölner Rat gem. § 4 der GeschO des Rates CDU (AN/0248/2018)
1009/2018

I. Öffentlicher Teil

Präsentation des Sportbundes

Herr Pfeifer stellt den Stadtsportbund Köln anhand einer Präsentation vor.

-Die Präsentation des Vortrages ist der Niederschrift beigelegt.-

SE Frau Hollmann fragt, ob der SSBK eine Ansprache von der Verwaltung, beziehungsweise vom Sozialdezernat brauchen würde, um in Projekte im Sozialraum einbezogen zu werden.

Herr Pfeifer antwortet, dass es darum gehe, dass anerkannt werde, dass auch der Sport einer derjenigen Vertreter sei, der diese Aufgaben durchführen könne. Das wolle man an Beispielen auch beweisen und eines dieser Beispiele sei die Sozialraumkoordination.

RM Frau Gärtner bedankt sich für die Präsentation. Sie sei sehr froh, dass sich der SSBK so präsentiert.

Sie möchte jedoch darauf hinweisen, dass die Anerkennung des Sportes sehr groß sei und seitens der Politik und der Verwaltung auch monetär gefördert werde. Es wurde beispielsweise auf Anregung des Sportbundes die Seniorenbeihilfe seitens des Rates angehoben und beschlossen. Dieser habe außerdem die Hallennutzungsgebühren abgeschafft.

Sie pflichtet ihm jedoch bei, dass man sicherlich mehr machen könne und auch solle.

Herr Pfeifer bemerkt, dass er hoffe, dass er nicht von „keiner“ Anerkennung gesprochen habe.

Die Hallennutzungsgebühren habe die Politik vor 13 Jahren eingeführt. Diese haben die Sportvereine 12 bis 13 Jahre belastet, jetzt durch die Rücknahme nicht mehr. Aber das Problem sei die damalige Einführung gewesen.

RM Frau Heuser bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie stimme im Großen und Ganzen zu, insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung des Sports bei der Integrationsaufgabe.

Sie habe zusammengerechnet, was im letzten Haushalt im Bereich Sport zugesetzt worden sei. Dies seien 5,125 Millionen Euro gewesen.

Insofern könne man sehen, dass die Politik den Wert des Sports anerkenne und auch gesehen habe, dass eine Unterstützung des Sports ausbaufähig sei.

RM Frau Hoyer spricht ihren Dank aus. Es sei in der Tat so, dass viel zugesetzt wurde, wie beispielsweise das Kunstrasenprogramm.

Die Forderungen des Sports wurden auch aufgegriffen und umgesetzt.

Im Nachhinein wolle sie sich für ihre Fraktion dafür bedanken, dass gerade der Sport eine extrem integrative Kraft war und dort eine tolle Arbeit geleistet habe und noch leiste.

Bezüglich der Sozialraumkoordination bittet sie um eine genauere Erläuterung, was er sich dort vorstelle.

Herr Pfeifer erklärt, dass versucht wurde für die Stadtteile Widdersdorf und Lövenich die Sozialraumkoordination durch einen Sportverein zu leisten. Es wurde aufgezeigt, wieso der SV Lövenich-Widdersdorf dazu in der Lage sei. In diesem Bereich seien

dort die meisten Mitglieder und es bestehen Verbindungen und Netzwerke zu den anderen Einrichtungen.

Dies wolle man erneut versuchen.

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich für die Präsentation und sagt, dass er den größten Teil nachvollziehen könne.

Aktuell profitiere Köln vom Kunstrasenprogramm. Er erinnere sich auch daran, dass Einiges von dem ursprünglich geplanten nicht durchgeführt werden konnte, weil die entsprechend benötigten Hallen nicht zur Verfügung standen. Obwohl der Sport hier immense Einschnitte hatte, sei dieser solidarisch gewesen.

Er erinnere sich an einen Satz aus einem vergangenen Interview, in welchem Herr Pfeifer Sport in Beziehung zur Kultur gesetzt habe und gleichzeitig betont habe, dass er die beiden Parteien nicht gegeneinander ausspielen wolle.

SB Herr Dr. Schulz gibt ihm recht, aber das gelte, wenn die beiden Parteien auf Augenhöhe seien. Fünf Millionen aus dem Sportetat seien in keiner Weise auf der Augenhöhe von dem Etat des Kulturbereichs. Kultur integriere deutlich weniger in die Gesellschaft.

RM Herr Detjen teilt mit, dass die fünf Millionen Euro für den Sport nicht langfristig gesichert seien.

Es könne dem SSBK seitens des Ausschusses angeboten werden, dass der Sport aber langfristig gesichert werden solle. Der Sport sei ein ganz entscheidender Partner der Sozialpartei. Es könne wie bei der Kultur gemacht und versucht werden, dass der Sport einen festen Bestandteil des Haushaltsetats bekomme und dieser steige, wenn der Haushalt insgesamt steige.

SE Frau Brauckmann spricht den Aspekt der Diversität an. Die integrierende Wirkung von Sport sei nicht von der Hand zu weisen. Sie fragt, ob das Thema geschlechtliche Vielfalt in irgendeiner Weise präsent sei. Frauen- und Männersport sei das eine, es gehe ihr aber um Transsexualität und Intersexualität und ob diese Bereiche Thema seien und wenn nicht, wie man dabei beitragen könne, dass dies Themen werden.

Frau Kupferer erklärt, dass dies bereits seit längerem ein Thema beim Landessportbund sei. Die Themen, welche dort vorkonzipiert werden, übernehme der SSBK auch. Ein aktuell großes Thema sei „sexualisierte Gewalt im Sport“. Diese Themen werden nicht regelmäßig in der Presse thematisiert, aber es werde bei Aktionen, bei denen der SSBK mitmache, thematisiert.

RM Frau Heuser sagt, dass die Sozialraumkoordination ein Konzept sei, welches schon vor vielen Jahren beschlossen wurde. Die Sozialräume seien, wie die Träger, festgelegt.

Der Unterschied bei dem Vergleich zwischen Kultur und Sport sei, dass die Investitionen in der Kultur auch in die Gebäude gehen. Es sei ein Unterschied, ob Geld verbraucht werde, wie beim Sport oder ob das Geld, wie oft bei der Kultur, verbaut werde.

Herr Pfeifer teilt mit, dass der Sport auch Gebäude benötige.

Er habe in seinem Interview auch nicht die Kleinkunst kritisiert, sondern seine Kritik ginge lediglich gegen die Hochkultur.

RM Frau Gärtner erläutert, dass bald die Haushaltsberatungen beginnen werden. Wenn der SSBK konkrete Notwendigkeiten ausmache oder Lücken finde, bitte sie darum, diese den Fraktionen spätestens in den Sommerferien mitzuteilen, damit diese

das in den Beratungen einbringen können. Diese Beschreibungen werden aber sehr stark konkretisiert benötigt.

Herr Pfeifer antwortet, dass der SSBK das konkretisieren werde und ebenfalls einen Plan für die nächsten Jahre erstellen werde, um den Sport voranzutreiben.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

Im Sozialdezernat werde er sich intensiver über die Rolle des Sports im Sozialraum Gedanken machen.

Herr Pfeifer bedankt sich für das Lob und möchte es an die Sportvereine weiterleiten.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren AN/0209/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte den Antrag in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

2.2 Prüfbericht zu den Nutzungsvereinbarungen zur Flüchtlingsunterbringung in Hotels AN/0573/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren lehnt in der Tagesordnungsdebatte die Dringlichkeit des Antrages ab. Er steht somit erst in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel hier: Maßnahmebewilligungen 2018 0492/2018

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt aus den im Haushaltsplan für 2018 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen,

in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2018 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger zur Verlängerung von Maßnahmen in Höhe von insgesamt 53.348 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Verteilung der Fördermittel 2018 "SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit" 0743/2018

SE Herr Dr. Dr. Mück teilt mit, dass diese Thematik bereits gestern in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik besprochen wurde. Die selbstorganisierten Seniorennetzwerke müssen besser bedacht werden als es seit vielen Jahren vorgesehen sei. Diese haben formal keine Möglichkeit ihren erhöhten Bedarf anzumelden. In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik klang durch, dass eine Erhöhung im Sozialausschuss nicht umzusetzen sei, seine Bitte wäre gewesen, eine Erhöhung von 1.000 € auf 1.500 € vorzunehmen.

Er bittet darum, in den Beschluss aufzunehmen, dass in den nächsten Plan verbindlich die Gelder für die selbstorganisierten Seniorennetzwerke angehoben werden. Außerdem solle der Beschluss dahingehend erweitert werden, dass nicht nur die Wohlfahrtsverbände in die Abstimmung einbezogen werden, sondern auch die wachsende Zahl der selbstorganisierten Seniorennetzwerke.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erklärt, dass es schwierig sei, diesen Beschluss noch umzuändern. Er wisse nicht, wo das Geld für diese Steigerung herkommen solle. Es liegt eine bestimmte vorhandene Summe vor. Wenn einer nun mehr bekomme, werde jemand anderem etwas weggenommen und somit bringe die Politik ein komplexes Gefüge durcheinander.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt, dass bei der gestrigen Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik auch darüber gesprochen wurde und man dort zu dem Ergebnis gekommen sei, dass im Rahmen des Seniorenpaketes eine neue Konzeption erarbeitet werde und der Vorschlag in diese Konzeption mit aufgenommen werde.

RM Frau Heuser erläutert, dass die ungleiche Verteilung bezüglich der kirchlichen Seniorennetzwerke daher komme, dass diese einen ganz anderen Ursprung haben.

Zweiter Punkt sei, dass TOP 3.1 beschlossen werden müsse, weil sonst die ganzen Seniorennetzwerke kein Geld bekommen werden.

Es sei in den Leitprojekten vorgesehen, dass die Weiterentwicklung der Seniorennetzwerke angegangen und auch eine Beteiligung stattfinden werde.

SE Frau Blümel warnt davor, diesen Beschluss neu auszurichten. Wenn dies geschieht, kommen viele Begehrlichkeiten zum Vorschein, die aktuell gut im Griff seien. Es gebe viele Clubs und Treffs, die aktuell gar nicht in der Förderung seien.

RM Frau Hoyer weist darauf hin, dass sie im Rückblick sehr froh sei, dass die Seniorennetzwerke aktuell so dastehen, wie sie dastehen. Es habe in der Vergangenheit Diskussionen gegeben, wegen derer sie sich noch Sorgen um den Fortbestand dieser Netzwerke gemacht habe.

Als aktuellste Verbesserung für alle sei eine weitere halbe Personalstelle für die Servicestelle eingerichtet worden.

Außerdem seien die Senioren bei den Leitprojekten der Verwaltung auch bedacht. Somit sehe sie dieses Thema auf einem guten Weg.

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, dass auch gestern darauf hingewiesen wurde, dass die Berechnungsart falsch sei. Die Kosten für die Servicestelle müssen bei den 1.000 € auch mit eingerechnet werden.

Man habe gestern auch gesehen, dass es keineswegs eine Meinung der Seniorenvertretung gebe, sondern, dass sich in der Seniorenvertretung noch gar nicht alle einig seien.

SE Herr Krücker weist darauf hin, dass das Programm der Seniorennetzwerke eine sehr hohe Reputation in Köln habe. Seitens der Wohlfahrtsverbände habe man lange diskutiert, dass dieses Erfolgsmodell weiter ausgebaut werde.

Er gibt SE Herrn Dr. Dr. Mück aber insofern Recht, dass 1.000 € ein sehr geringer Betrag sei. Es ist jedoch zu beachten, dass kirchliche Seniorennetzwerke zwar 2.000 € erhalten, hier seien die Mieten aber in diesen Mitteln inbegriffen.

SE Herr Dr. Dr. Mück sagt, er wäre dankbar, wenn das hier Besprochene zusätzlich in den Beschluss käme, damit es nicht in Vergessenheit gerate.

RM Frau Heuser äußert, dass diese Aspekte in die Weiterentwicklung der Leitprojekte gegeben werden und sie nicht den Beschluss ändern wolle.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold ergänzt, dass der Beigeordnete Herr Dr. Rau die Mitnahme zur Beachtung bei den Leitprojekten zugesagt habe und er nun über die Beschlussvorlage im Wortlaut der Verwaltung abstimmen lassen wolle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, den im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2018 veranschlagten Teilbetrag zur Förderung der SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit in Höhe von 1.421.500 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen für obdachlose Personen; Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen 0373/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 hier: Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color und Informativabend mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
0582/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Antragsteller ‚Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.‘

- einen Beitrag in Höhe von 2.100 €
 - für ein Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color sowie
 - eine Veranstaltung in Kooperation mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
- zu vergeben.

Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018**

Bereits vor der Sitzung wurde von der Verwaltung die Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**4.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018, hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
0946/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dem Antragsteller „Antidiskriminierungsbüro des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V.“ einen Beitrag in Höhe von 2.000 €

für die Durchführung einer Veranstaltung zur Präsentation und Prämierung von Beiträgen zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“

zu vergeben.

Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismus-Training“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

7.2 Wohnraumförderung 2018 0999/2018

SE Frau Eggeling fragt, wie die 6,80 € Kaltmiete zustande kommt, welche in Vergleich zu einer freifinanzierten Kaltmiete von 9,40 € gesetzt wird.

Herr Ludwig antwortet, dass es eine Förderauflage sein wird, 6,80 € als netto Kaltmiete maximal bei der Erstvermietung zu verlangen. Dazu müssen noch die Nebenkosten sowie die Heizkosten gerechnet werden. Eine Miete von 9,40 € pro m² im freifinanzierten Wohnungsbau bringe dieselbe Rendite wie im öffentlich geförderten Wohnungsbau von 6,80 €.

SE Herr Corneth teilt mit, dass der Mieterverein Köln bei der Anhörung auf Landesebene darum gebeten habe, dass die zusätzlichen Bundesmittel für den sozialen Mietwohnungsbau durchgeleitet werden. Dies sei durch den Staatssekretär in Aussicht gestellt worden.

Diese Berechnung habe dazu geführt, dass mittlerweile sowohl die Genossenschaften als auch die freien Bauträger bereit seien, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

RM Herr Detjen ergänzt, dass die Mittel um 300 Millionen Euro gekürzt wurden. Den Zahlen der Anlage 1 könne entnommen werden, dass auch der Mietwohnungsbau um weitere 200 Millionen Euro gesenkt werde. Im Gegensatz hierzu werde die Eigentumsförderung um 50 % erhöht, aber die Quartiersentwicklung langfristig um 60 % gesenkt.

Daher müsse in Diskussion mit dem Land gegangen werden. Er könne nachvollziehen, dass mit dem Regierungswechsel auch ein Politikwechsel einher gehe und einiges anders werde, aber die objektive Entwicklung der Metropolen ist dieser Politik gegenläufig. Wohnungspolitik müsse praktisch gemacht werden und nicht ideologisch.

Er schlägt vor, dass das Dezernat mit der Landesregierung in Diskussion tritt, damit diese sehe, wo die praktischen Probleme dieser Entwicklung liegen.

Herr Ludwig erläutert, dass es Veränderungen in den Förderkonditionen des Landes gebe hin zum Eigentum und weg vom Mietwohnungsbau. Auswirkungen für Köln seien aktuell jedoch nicht gegeben, da seit vielen Jahren ein Globalbudget bestehe. Dieses könne nach den Bedarfen eingesetzt werden und dies geschehe überwiegend im Bereich der Mietwohnungen. Das werde auch weiterhin so gemacht, da auch die An-

träge auf Eigenheimförderung durch die hohen Grundstückspreise nicht gestiegen seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau macht deutlich, dass sehr wohl erkannt wurde, dass sozialer und finanzierbarer Wohnungsbau sowohl für Eigentumsbildung als auch für die Miete eines der vorrangigen Probleme von Köln und von anderen Großstädten sei.

Er bedankt sich für die Anregungen, das werde Schub geben und die Verwaltung werde dort, wo der Einfluss gegeben ist, auf Landes- und Bundesebene diese Problematik kommunizieren.

In den nächsten Jahren werde die Stadt voraussichtlich eine Mangelverwaltung bei diesem Thema haben. Der Trend sei so und selbst wenn erheblich schneller gebaut werde, ist Köln attraktiv und es gibt Sogeffekte und somit werde die Stadt aus dem Mangel so schnell nicht herauskommen.

RM Frau Heuser bewertet es positiv, dass die Stadt durch die Globalmittel frei in der Verteilung der Fördermittel sei. Damit könne das gesamte Geld in die Förderung von öffentlich gefördertem Wohnraum fließen, welchen die Stadt dringend benötige. Die anteilmäßige Verteilung wäre in diesem Sinne nicht so förderlich für Köln.

SB Herr Ladenberger merkt an, dass zu der Mangelverwaltung insbesondere die Problematik des bezahlbaren barrierefreien Wohnraums komme. Einerseits werden ordnungsrechtliche Vorgaben zurückgefahren und in die Förderung verschoben, die letzten Endes jedoch gleichbleibe. Andererseits werden die Zuschüsse für Aufzüge wieder reduziert und parallel dazu gibt es einen erhöhten Tilgungsnachlass für rollstuhlgerechte Wohnungen. Das widerspreche sich und das mache dieses Thema weder für den Investor besonders attraktiv, noch sei das ein positives Zeichen für diejenigen, die darauf hoffen, dass mehr barrierefreier Wohnraum entstehen werde.

RM Herr Klausing merkt an, dass in Gesprächen mit Bund und Land auch gedankt und anerkannt werden kann, welche politischen Schwerpunkte gesetzt werden.

Wenn so wenig gefördertes Wohneigentum geschaffen werde, müsse gefragt werden, was das für die Kommunalpolitik bedeute.

Wohneigentum sei eine sozialpolitische Frage, insbesondere als Altersvorsorge. Das Eigenheim sei eine ganz klassische Altersvorsorge. Den Ausschuss müsse die Frage beschäftigen, wie das normale Arbeiterehepaar in Köln Eigentum schaffen könne.

RM Herr Detjen erklärt, dass, wenn Wohnungsbau betrieben werde, müsse dies Geschosswohnungsbau sein. Da könne auch Eigentum gefördert werden. Aber wenn der Anteil des geförderten Wohnungsbaus in Köln nicht angehoben werde, dann werde das Problem auch nicht gelöst.

Die Liegenschaften planen mehr Eigentum. Das wurde im Liegenschaftsausschuss auch kritisiert und da müssen Sozialpolitiker sich für mehr Wohnungen im Geschossbau einsetzen.

RM Frau Hoyer ist ihrem Vorredner, RM Herrn Klausing dankbar. Sie habe das Gefühl das Thema Eigentumsförderung werde als unsozial angesehen. Aber das sei es eben nicht, es sei eine Altersvorsorge und genauso wie der Geschosswohnungsbau ist diese Förderung sozial.

Der Beschluss des Landes werde nicht identisch auf Köln heruntergebrochen. Es gebe das Globalbudget und das könne so eingeteilt werden, wie die Stadt es benötige. Der Bedarf an Geschosswohnungen sei da, das stehe nicht zur Debatte.

Sie appelliert an den Ausschuss, dass es sowohl ein Pro, als auch ein Contra jeder Diskussion gebe und bittet darum, nicht nur auf die Contras einzugehen.

SE Herr Peters nutzt die Gelegenheit, um auf eine weitere spezielle Zielgruppe zu verweisen.

Das konkrete Beleg- und Besetzrecht sei weggefallen. Das führe dazu, dass Vermieter auch in diesem Bereich die freie Auswahl haben, wer in ihre Wohnungen einziehe. Das könne sehr gut und sinnvoll sein, dass es aber eine bestimmte Gruppe von Menschen in dieser Stadt gebe, die dadurch Schwierigkeiten haben, eine geeignete Wohnung zu finden, dürfe nicht vernachlässigt werden. Zu dieser Gruppe zählen insbesondere Wohnungslose, psychisch kranke Menschen, Drogenabhängige und straffällig gewordene Menschen.

Die Frage sei, wie es geschafft werden könne, dass auch für diese Menschen immer wieder etwas Bewegung entstehe und dafür wolle er werben. Wenn bei einer der nächsten Konzeptvergaben eine Bindung darauf erfolgen würde, dass auch Menschen aus diesen Zielgruppen einen Vorteil haben, würde er dies sehr befürworten.

SE Herr Scheffer teilt mit, dass es normal sei, dass Großstädte Mieterhochburgen seien. Über 70% der Einwohner wohnen zur Miete und das sei eine kulturelle Errungenschaft. Eigentum passe bei den wenigsten Leuten in das Lebensbild und in die Realität.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.3 Eröffnung einer Einrichtung zur ordnungsrechtlichen Unterbringung obdachloser alleinstehender Frauen in der Gleueler Str. 262-268/ Ecke Zülpicher Str., 50935 Köln („Krieler Dom“) 1004/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.2 Bericht des Jobcenter Köln 0921/2018

SB Herr Ladenberger bedankt sich für die Berichte, die sich insbesondere mit DiMa und Menschen mit einer Schwerbehinderung befassen.

In Anlage 1 erscheint ihm die angegebene Zahl bezüglich *Senkung eLben* sehr hoch. Das Jobcenter müsse theoretisch das Ziel haben, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu bringen und nur da, wo das nicht möglich sei, nach Alternativen suchen.

Bezüglich des Budgets für Arbeit fragt er, wie das vorbereitet und eingestellt wurde und welche Rolle das spiele.

In Anlage 2 wünsche er sich eine erläuternde Bemerkung zu folgendem Satz:

„Eine zahlenmäßige Erfassung kann hierbei leider nicht erfolgen, da technische Auswertungsmöglichkeiten bezogen auf Maßnahme-Teilnahmen und einen vorhandenen Grad der Behinderung nicht zur Verfügung stehen.“

Laut dem Haushaltsansatz seien 0,6 Millionen Euro nicht verausgabt worden. Das Projekt „MitArbeit!“ in Köln endet und das Fachwissen gehe voraussichtlich verloren. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe mit den Überhängen von 2018 ein Folgeprojekt selbst zu konzipieren.

Ebenfalls in der Anlage 2 sei die Bedeutung des letzten Teils des folgenden Satzes ein gesellschaftlicher Skandal:

„Neben der notwendigen (auch zeitlich) intensiveren Beratung der Menschen mit einer Schwerbehinderung benötigen die Integrationsfachkräfte daher auch deutlich mehr Zeit für die Beratung der Arbeitgeber, wobei viele Arbeitgeber nicht einmal Interesse an dieser Beratung haben.“

Die Arbeitgeber wollen nichtmals hören, was es für Fördermöglichkeiten gebe. Er bedanke sich für diesen niedergeschriebenen Satz in ganz besonderem Maße.

Herr Wagner, Geschäftsführer des Jobcenter Köln antwortet, dass es das Ziel sei, 1.000 Menschen aus dem SGB II-Bezug in Alternativen unterzubringen. Dies sei ein Notausgang, allerdings ein regulärer und gesetzlich gewollter Ausgang. Es gebe im SGB den Erwerbsfähigkeitsbegriff und es müsse geprüft werden, wer erwerbsfähig sei und an diesen können Forderungen gestellt werden.

Dieser Notausgang sei für diese Menschen der einzig richtige Ausgang. Ein Verbleib im SGB II würde bedeuten, dass das Jobcenter ständig mit Forderungen auf diese Leute zugehen müsse und ihre gesundheitlichen Probleme nicht berücksichtigen würde.

Die zweite Frage bezüglich des Budgets reiche er schriftlich mit aktuellen Daten nach.

Aktuell bestehe nicht die Möglichkeit das gewünschte statistische Merkmal einzubringen. Er werde sich aber noch einmal mit der Zentrale in Nürnberg zusammensetzen und schauen, was in diesem Bereich machbar sei, da es sich um ein bundesweites Programm handle.

Er bezweifelt dies aber, da er begründen müsse, ob diese Daten für die Arbeit relevant seien, ansonsten dürften diese Daten aus Datenschutzgründen nicht erhoben werden.

„MitArbeit!“ in Köln sei ein sehr gutes Projekt gewesen und laufe nun aus. Dies sei der Fluch und Segen von Projekten. Sie bieten über einen Zeitraum an, etwas Besonderes zu machen, irgendwann enden sie dann aber auch. Danach stelle sich oftmals die Frage, ob das Projekt in Eigenverantwortung weitergeführt werden könne oder nicht. In diesem Fall gehe das nicht. Der Bund habe ein Projekt „Rehab-Pro“ ausgesetzt, welches sich insbesondere auch an Menschen mit Schwerbehinderung richten wird und er gehe davon aus, dass sowohl die Kompetenzen erhalten, als auch das Angebot in veränderter Form fortgesetzt werden könne. Bei diesem Förderprogramm werde sich das Jobcenter Köln bewerben und die Chancen einen Zuschlag zu erhalten seien gut.

Der Eingliederungszuschuss sei unter den Erwartungen des Jobcenters geblieben. Es blieben 600.000 € übrig, welche jedoch zurückgegeben werden mussten. Durch die Jährlichkeit des Haushaltes waren die Mittel danach nicht mehr einsetzbar.

Die Beraterinnen und Berater des Jobcenters laufen sehr oft vor verschlossene Türen und mit der von Herrn Ladenberger angesprochenen Bemerkung wünsche sich das

Jobcenter eine gesellschaftliche Öffnung, welche schon seit einigen Jahren nur sehr langsam voranschreite.

RM Herr Detjen bittet darum, die 36 Dienstaufsichtsbeschwerden, soweit datenschutzrechtlich möglich, näher darzustellen, insbesondere worum diese gingen.

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung.

Es stört ihn, dass seit 20 Jahren immer wieder über Projekte geredet werde, wenn es um die Problematik der Menschen mit Behinderung gehe.

Es werde festgestellt, dass Projekte auslaufen. Bis ein Projekt weitergeführt werde, wandern die qualifizierten Mitarbeiter ab. Die Träger müssen teilweise schließen und machen ein oder zwei Jahre später nicht dasselbe wieder auf. Dies sei den Trägern, den Beschäftigten, aber auch den Betroffenen nicht zuzumuten.

Die Maßnahmen bezüglich der genannten Zielgruppe im Jahresbericht tragen der vorliegenden Dynamik nicht Rechnung. DiMa werde mittelfristig ein Hauptteil der Arbeit im Jobcenter werden.

Auch die unter 25-Jährigen kommen schlecht weg. In der Fachberatung werden diese meist nicht professionell beraten, sondern durch das junge Alter als erwerbsfähig betrachtet, ohne dies geprüft zu haben.

Herr Wagner sagt, dass er die Aufschlüsselung der Dienstaufsichtsbeschwerden schriftlich zur nächsten Sitzung nachreichen werde.

Er habe tiefes Verständnis für die klare Position bezüglich der Projekte. Zielgruppenarbeit sei aber sehr häufig Projektarbeit und das Jobcenter habe somit die Wahl zwischen Projektarbeit oder gar nichts. Im Jobcenter Köln gebe es die Geschäftspolitik, sich für dieses zusätzliche Geld zu bewerben. Das Risiko sehe er, dass Strukturen aufgebaut werden, die nach zwei bis drei Jahren nicht mehr benötigt und gehalten werden können. Gut finde er dies auch nicht, aber er halte diese Möglichkeit für effektiver als nichts zu tun.

Bei fast jeder Maßnahme gebe es mittlerweile einen gesundheitspräventiven Ansatz.

Natürlich sei das aber vor allem ein Quantitätsproblem, welches das Jobcenter in der Menge nicht gelöst bekomme. Natürlich gebe es einen Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und gesundheitlichen Einschränkungen.

Die im Gesetz postulierte 3-Stunden-Regelung sei eine sehr theoretische Regelung. Die realistische Umsetzbarkeit und die Verwertbarkeit unter realistischen Bedingungen sei in der gesetzlichen Betrachtung irrelevant. Das mache das Ganze zu einem Konstrukt. Eine Klärung durch den Gesetzgeber würde er sich hier ebenfalls wünschen.

RM Frau Heuser merkt an, dass die Verständlichkeit von Dokumenten mit 196 Anfragen häufig Thema sei. Daraus resultiere ihre Frage, wie verständlich die Dokumente seien und wenn diese nicht verständlich sind, ob es ein Erklärungsformular hierzu als Hilfestellung gebe.

SE Frau Lerchner fragt, wieso es 333 Zurückweisungen gegeben habe. Ihr erscheine die Zahl sehr hoch.

Bezüglich der Integrationsquote von 39% bei Befit4job fragt sie nach der Zielsetzung.

Außerdem interessiere sie die Anzahl der Tandems für das Cross-Mentoring Programm.

Abschließend fragt sie nach der aktuellen Personalsituation am Integration Point und ob diese noch kritisch sei.

SE Frau Eggeling gibt an, dass die Problematik der Einkommensanrechnung als Sachthema im Kundenreaktionsmanagement auch sehr hoch sei. Sie bittet darum dieses Problem ebenfalls mit der Bundesagentur zu thematisieren, da es für die Ratsuchenden ein großes Problem sei.

Bezüglich der unter „Allgemeine Themen“ genannten „Unfreundlichkeit der Mitarbeiter“ fragt sie, ob sich diese Statistik nur auf die Mitarbeiter im Jobcenter beziehe oder auch auf die Call-Center-Mitarbeiter und ob die Möglichkeit bestehe dies zu differenzieren.

Herr Wagner entgegnet, dass die Verständlichkeit von Dokumenten nur bedingt gegeben ist. Die Dokumente seien gerichtsfest und korrekt und halten in der Regel auch den prozessualen Wegen stand. Aber er müsse leider verneinen, dass jeder Bürger diese Bescheide problemlos nachvollziehen könne. Das Jobcenter sei in einem ständigen Austausch, aber viel könne aktuell an den Bescheiden nicht geändert werden. In Deutschland gehe es in erster Linie darum, dass die Bescheide rechtssicher und gerichtsfest seien. Aktuell gebe das Jobcenter Informationsmaterialien aus und habe einen sogenannten „Bescheiderklärer“ in der Testphase. Dieser sei mehrsprachig, online zu nutzen und es werde getestet, ob dieser auch zukünftig eine Hilfe sein könne.

Er könne nicht differenzieren, ob die Unfreundlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch Jobcenterpersonal zustande komme oder durch die Call-Center. Das Jobcenter gehe aber jeder Beschwerde nach und nehme das sehr ernst.

Ein Beispiel für die 333 Zurückweisungen sei, dass es Anfragen beim Kundenreaktionsmanagement gebe, warum eine Nebenkostenabrechnung noch nicht bearbeitet wurde. Wenn hier Unterlagen fehlen und erst gearbeitet werden könne, wenn diese vorliegen, dann sei das in der Logik des Kundenreaktionsmanagements eine Zurückweisung der Beschwerde, weil es eine sachliche Lösung gebe, die noch nicht erfüllt sei.

Befit4job sei ein Programm aus dem U25-Bereich und zeichne sich durch gruppendynamische Prozesse aus. Junge Menschen kommen hier zusammen und schöpfen Motivation aus der Freiwilligkeit, daran teilzunehmen. Das Ziel sei es, die Schule fortzusetzen oder ein Praktikum oder eine Ausbildung zu beginnen. Der Ansatz sei es, mittelfristig einen qualifizierten Einstieg in den Arbeitsmarkt zu bekommen. 39% Integrationsquote sei ein sehr exquisites Ergebnis.

Bezüglich des Cross-Mentorings teilt er mit, dass es in der ersten Runde zwei Mentoren und in der zweiten Runde einen Mentor gebe. Dementsprechend gebe es in Runde 1 zwei Mentees und in Runde 2 einen. Insgesamt seien dort somit drei Mitarbeiterinnen und drei Mentoren aktiv.

Im Integration Point gebe es aktuell eine Besetzungsquote von 96%. Dem entgegen stehe jedoch eine hohe Fluktuation. Entspannt habe sich die Lage somit durch die hohe Fluktuation nicht, aber die Stellen seien besetzt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "Notwendige Überprüfung von Flüchtlingsheimen in Porz" AN/0515/2018

Notwendige Überprüfung von Flüchtlingsheimen in Porz 1178/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels" AN/0572/2018

Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels 1232/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum, Punkt 1, Gremienbeteiligung mit Hinblick auf § 41 Abs. 1 lit. p) der GO NRW zu konkretisieren, da es hier um die Sicherung von Finanziellem gehe.

Des Weiteren fragt er, wieso der Vertrag auf sieben Jahre ausgelegt worden ist und wieso dieser unkündbar sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Zuständigkeitsordnung, die der Rat erlassen habe, entscheidend sei. Diese sehe die Gremienbeteiligung nicht vor. Es sei langjährige Praxis, dass ähnliche Verträge und Vereinbarungen als Geschäfte der laufenden Verwaltung angesehen werden.

Die Vereinbarung wurde im Juni 2017 getroffen. Zu dem Zeitpunkt habe es keinen großen Zugang mehr an neuen Flüchtlingen gegeben. Dennoch seien mehr als 2.000 Menschen in ähnlichen Hotelunterkünften und deutlich über 1.600 Menschen noch in Notunterkünften untergebracht gewesen. 2017 seien sich Politik und Verwaltung einig gewesen, die Turnhallen wieder frei zu räumen. Das Ziel sei zur Jahresmitte noch nicht gänzlich erreicht gewesen, sondern es wurde erst zum Jahresende erreicht. Die Menschen, die aus den Turnhallen mussten, benötigten eine andere Unterkunft, insbesondere Menschen mit besonderem Schutzbedarf.. Diese speziellen Unterbringungsmöglichkeiten, wie z.B. bei diesem Hotel gegeben, wurden gesucht. Somit habe es auch im Jahr 2017 noch die Notwendigkeit für entsprechende Unterkünfte gegeben.

Es liege ihm eine Liste von Beherbergungsbetrieben vor, mit denen vergleichbare Vereinbarungen bestehen. Die ersten bestehen bereits seit 2011. Diese Unterbringungsform gebe es folglich schon länger mit Hotels, die preislich und vertraglich ähnlich seien.

Das Hotel unterscheide sich nur durch die lange Laufzeit. Angebot und Nachfrage konstituieren einen Markt und in diesem bilde sich ein Preis, welcher sich nicht nur in einer Geldsumme manifestiere, sondern auch in der Laufzeit.

2017 zur Jahresmitte habe sich dieser Markt in Köln zu Ungunsten der Verwaltung dargestellt. Es habe eine hohe Nachfrage der Verwaltung gegeben, aber zeitgleich nur ein geringes Angebot.

An diesem Hotel habe die Verwaltung ein besonderes Interesse gehabt, da es für schutzbedürftige Menschen besonders geeignet sei. Merkmale hierfür seien die vergleichsweise gute Ausstattung des Hotels, die Lage in einem sozial aktiven Stadtteil mit ÖPNV-Anbindung und einer vorhandenen Infrastruktur sowie ein geschützter Außenspielbereich für Kinder.

Der Marktwert des Hotels war für die Stadt daher vergleichsweise hoch einzuschätzen. In den Verhandlungen ging es um Tagessätze und Laufzeit der Vereinbarung. Er nehme an, dass auf Investorenmenseite beides in der Kombination für die Sicherung von Darlehen relevant sei.

Eine Kündigungsklausel hätte es für den Investor sicher schwieriger gemacht, Sicherungen bzw. Darlehen zu erhalten. Dadurch wäre ein noch höherer Preis entstanden, den die Verwaltung nicht bereit gewesen wäre zu bezahlen. Die abweichende Laufzeit sei somit als Ergebnis einer Preisverhandlung zu sehen.

Auf die Frage in der Presse, ob die Verwaltung das Hotel, wenn die Möglichkeit bestünde, kündigen würde, antworte er, dass das Hotel für die Verwaltung wertvoll sei und die Stadt nicht kündigen wolle. Die aktuell dort lebenden Menschen müssten sonst unter nicht viel schlechteren Bedingungen für nicht viel weniger Geld in Notunterkünften untergebracht werden.

Im Jahr 2018 sei das Ziel, für 300 Menschen in vergleichbaren Beherbergungsbetrieben angemessenen Wohnraum zu finden. Es werden aktuell über 2.000 Menschen in Hotels untergebracht. Bei 300 Auszügen pro Jahr benötige man daher weitere sieben Jahre.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die umfassende und aufklärende Stellungnahme und fasst zusammen, dass das Hotel für die Verwaltung offensichtlich einen solch hohen Wert habe, dass sie den Tagessatz und die lange Laufzeit akzeptiert habe.

RM Herr Boyens teilt mit, dass die Begründung, wieso das vergaberechtlich ordnungsgemäß sei, schlüssig sei. Er stelle aber in Frage, ob der Ausschuss zukünftig weiterhin über 2.500 Euro befinden wolle oder aber wie in diesem Fall, 2.5 Millionen Euro einfach so vergeben wolle.

Er erklärt, dass in dem Preis von 35 € auch Reinigungsleistungen mitverhandelt wurden seien. Seine Fraktion habe mehrfach angeregt, das Thema Reinigung den Flüchtlingen zu übertragen. Die Verwaltung habe darauf geantwortet, dass dies nicht möglich sei, wegen dem Umgang mit schwierigen Mitteln. Er bittet darum zu erläutern, wieso das nicht möglich sei, aber dass Eltern Klassenräume streichen und dort mit Farben, Lacken und Lösungen arbeiten, hingegen schon.

RM Herr Detjen sagt, dass in der öffentlichen Antwort der Verwaltung von Herrn Horitzky gesprochen wird. Er fragt, wieso nicht von Frau Horitzky geredet würde oder ob Herr Horitzky der Vertragspartner sei. Dies würde nicht der öffentlichen Darstellung in der Presse entsprechen.

Es gehe ihm darum, dass verhindert werde, dass es Unternehmen gebe, die durch die Unterbringung von Flüchtlingen reich werden.

In der Darstellung werde das Problem dargestellt, dass diese Hotels Beherbergungsunternehmen seien, die bestimmten Auflagen unterliegen. Er fragt, ob dies noch ein Beherbergungsunternehmen sei, welches nicht mehr öffentlich anmietbar sei und auf

sieben Jahre ausgebucht sei. Er sehe es als Grundlage für eine öffentliche und bundesweite Diskussion, vom Gesetzgeber zu verlangen, dass diese Hotels anders klassifiziert werden.

RM Frau Heuser bittet darum, beide Beantwortungen zu diesem Thema auch dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

RM Frau Hoyer bedankt sich für die Beantwortung zum heutigen Zeitpunkt. Der Markt habe bestimmt, dass die Stadt diese Bedingungen eingehen musste, aber dennoch gebe es auch Hotels, die eine geringere Laufzeit haben.

Sie sagt, dass die Zielsetzung für 2018 der Abbau von 300 Beherbergungsplätzen sei. Sie fragt, wo diese abgebaut werden sollen, ohne mit den Laufzeiten der Verträge mit den Hotels zu kollidieren.

SB Frau Schmerbach teilt mit, dass in einem Medienbericht erwähnt wurde, dass im Boarding House in einem 30m² Zimmer acht Personen inklusive der schwangeren Mutter leben müssen. Sie fragt, wie es kommt, dass die Leute in einem Hotel auf so engem Raum untergebracht werden mussten und ob es gesundheitliche Auswirkungen für die Leute habe, wenn diese so beengt leben müssen.

Aus den Antworten zu 4 und 5 entnehme sie, dass das Hotel in Dellbrück gekauft wurde, um dieses dann als Unterkunft für Flüchtlinge an die Stadt zu vermieten. Sie fragt, wie es komme, dass dann die Preise wie bei einem Hotel berechnet werden und nicht der Quadratmeterpreis berechnet werde, da es ihrer Meinung so kein Hotel sei.

RM Frau Gärtner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Sie bittet darum, eine Information zukünftig zu erhalten, welche Zielgruppen für die Hotels vorgesehen seien, welche über 2018 hinaus belegt werden.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass das Vergaberecht keine Anwendung findet. Die Zuständigkeitsordnung sei das Entscheidende und diese sehe das für diesen Fall nicht vor. Die Zuständigkeitsordnung sei vom Rat erlassen. Beide Vorgänge seien Anlass, dass diese Zuständigkeitsordnung weiterentwickelt werden müsse.

Reinigungsleistungen, die in der Vereinbarung inbegriffen seien, müssen so getroffen werden, da hygienische Bedingungen einzuhalten seien. Gemeinsam genutzte Einrichtungen zur Essenszubereitung sowie sanitäre Einrichtungen machen gewisse Hygienestandards erforderlich, wofür eine strukturierte und professionelle Reinigung erforderlich sei. Die Frage von RM Herrn Detjen beantworte er im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Herauszufinden, ob ein Hotel, welches wegen langer Nutzung, in diesem Fall sieben Jahre, anders zu qualifizieren sei, sei nicht Aufgabe der Verwaltung gewesen bei dieser Vereinbarung. Der Verwaltung war es wichtig, dass es sich um einen Beherbergungsbetrieb handle, welcher die Standards, die benötigt werden, erfülle.

Er erklärt, dass die Stadt dann als Verhandlungspartner stark sei, wenn Verhandlungsspielraum zur Verfügung stehe. Wenn aber aufgrund öffentlicher Diskussion bereits klar sei, mit welchen Preiskriterien die Stadt wohin gehe, sei sie nicht stark. Zu dem Zeitpunkt, als das abgeschlossen wurde, hatte die Verwaltung noch diese Marktstärke.

Bezüglich des Medienberichts über das Boarding Haus müsse erwähnt werden, dass bei den genannten 31m² Flur und Sanitärflächen nicht miteinbezogen wurden. Wohnungstypischere Flächen seien über 50m². Der Standard, der dort vorliege, habe mehr vorgesehen. In Zeiten der Not könne aber gelegentlich von diesem Standard abgewichen werden.

Das Bild einer achtköpfigen Familie mit einer Mutter, die ein weiteres Kind erwarte auf

so kleinem Raum, sei schwer zu ertragen und das könne nicht das sein, was die Stadt sich wünsche.

Ob das Hotel in Dellbrück gekauft wurde, beantworte er ebenfalls im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Selbiges gelte für die Zielgruppe, die mit jedem Hotel erreicht werden solle. Er vergewissere aber, dass fachlich bewertet werde, welche Vereinbarungen mit Hotels auslaufen können und welche vorerst nicht.

Herr Ludwig ergänzt, dass bezüglich den Reinigungsleistungen mit den Beherbergungsbetrieben eine wöchentliche Reinigung von Sanitär- und Gemeinschaftsflächen vereinbart wurde. Die Wohnflächen im Hotel reinigen die Geflüchteten selbst.

Alle Objekte, welche die Stadt angemietet habe, besitzen eine Betriebserlaubnis der städtischen Aufsicht in Bezug auf Hotel und Beherbergungsbetrieb und besitzen somit keine Genehmigung für eine Wohnung.

Die Wahl der unterschiedlichen Laufzeiten hänge auch mit der Lage des Hotels zusammen und wie schnell man sich eventuell wieder von einem Hotel trennen wolle.

Im November 2017 habe die Verwaltung im Konzept zum Ressourcenmanagement neben dem Abbau von 300 Beherbergungsplätzen weitere Ziele vorgestellt. Die Ziele, die Unterbringung in Notunterkünften, mit Ausnahme der Herkulesstraße, zu beenden und 300 Beherbergungsplätze abzubauen, werden dieses Jahr voraussichtlich übererfüllt werden können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“"
AN/0599/2018**

**9.2 Informationen zur Ombudsstelle für Flüchtlinge
1179/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt in der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**9.3 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018
1192/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des SE Dr. Mück im Ausschuss Soziales und Senioren vom 30.01.2018
hier: Reparatur der defekten „Treppenrandmarkierungen“ (beidseits eines Geländers) an der Domtreppe
0688/2018**

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich dafür, dass eine Baumaßnahme stattgefunden habe und Handwerker die Löcher und Stolperfallen beseitigt haben.

Schade sei allerdings, dass an der definitiven Ablehnung, die gesamte Treppenstruktur mit Randmarkierungen zu versehen, nichts gemacht werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.1.2 Beantwortung einer mündl. Anfrage des RM Herrn Paetzold betreffend "Neuverpachtung der Gastronomie im Bürgerhaus Stollwerck"
1033/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**11.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Neues Wohnen im Alter (NWIA) e.V."
AN/0459/2018**

**Neues Wohnen im Alter (NWIA) e.V.
Anfrage (AN/0459/2018) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 19.04.2018
1088/2018**

RM Frau Heuser bedankt sich ebenfalls für die Beantwortung und fragt, ob es einen neuen aktuellen Sachstand gebe.

Herr Ludwig teilt mit, dass es diesen nicht gebe.

Die Verwaltung sei im Versuch, eine einheitliche Verwaltungsmeinung herzustellen und das gestalte sich schwierig, weil zwei Verwaltungspositionen aufeinander treffen.

Er könne nicht zusagen, dass es in diesem Jahr noch zu einer einheitlichen Verwaltungsmeinung kommen werde. Wenn eine neue Förderung aufgenommen werden solle, benötige dies einen Ratsbeschluss. Um eine Beschlussvorlage in den Rat zu geben, benötige dies einige Mitzeichnungen. Diese könne er bisher nicht erwirken.

SE Frau Brauckmann sagt, dass sie diese Beratungsstellen als kompetent kennengelernt habe. Insbesondere Ältere, die sich zurückziehen und Geldknappheit haben, seien auf diese Beratungsstellen angewiesen. Da war diese nicht nur ehrenamtliche Beratung für viele sehr hilfreich.

Herr Ludwig teilt die fachliche Einschätzung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“"
AN/0463/2018**

11.2.3 Anfrage SE Herr Dr. Dr. Mück betreffend "Sachstand Antrag S-Bahnhaltestelle Holweide"

SE Herr Dr. Dr. Mück fügt hinzu, dass es dramatisch sei, wenn der Beschluss noch nicht an die Deutsche Bahn weitergeleitet wurde. Aktuell laufe die öffentliche Beteiligung an der Planung und vor kurzem wurden die Umbaupläne vorgestellt. Dort habe die Bahn alle Bahnhaltestellen bedacht, außer Holweide.

Seine Sorge sei es, dass die Aufforderung niemals an die Bundesbahn weitergeleitet wurde. Wenn das so ist, seien aktuell die letzten Tage dieses Anliegen weiterzuleiten, da die öffentliche Beteiligung nur noch bis zum 21. Mai geführt werde, danach werden die Pläne geschlossen.

RM Frau Heuser merkt an, dass es eine Prioritätenliste der Sanierung gebe.

SE Herr Dr. Dr. Mück entgegnet, dass es diese gebe, Holweide jedoch keine Priorität habe.

Frau Rehberg antwortet, dass das Versäumnis auf Seiten der Verwaltung liege. Allerdings betone sie den appellativen Charakter. Sie befürchte, dass der Ausschuss dieselbe Antwort erhalten werde wie auch die Bezirksvertretung Mülheim. Die Antwort der Deutschen Bahn werde dem Ausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt sobald diese vorliege.

**11.2.4 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels"
AN/0540/2018**

**Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels
1218/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.2.5 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018)"
AN/0581/2018**

**11.2.6 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Beförderung von E-Scootern durch die KVB: Einsatz der blauen Plakette"
AN/0587/2018**

SB Herr Ladenberger teilt mit, dass es in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einen Verhandlungsstand zum Thema Bahnen als Vorlage gegeben habe. Er bittet darum, diesen auch dem Sozialausschuss zur Verfügung zu stellen.

11.3 Mündliche Anfragen

1.)

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt bezüglich der Hotelunterkunft in Dellbrück nach, wer auf wen zugegangen sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bestätigt die von ihm gegenüber der Presse geäußerten Aussagen, dass die Hoteliers auf die Verwaltung zugegangen seien.

2.)

RM Frau Gärtner sagt, dass im Haushalt 300.000 Euro für Projekte zur Integration von Flüchtlingen in eigenen Wohnraum eingestellt seien. Sie fragt nach einem Sachstand zur Verwendung der Mittel.

Herr Ludwig erklärt, dass es hier zu Verzögerungen komme. Es gebe einen Haushaltsvermerk, welcher besagt, dass die Gelder als Co-Finanzierung von Landes- oder Bundesmitteln zur Verfügung gestellt werden. Dieser schränke die Verwaltung ein, da keine dieser Projekte bekannt seien. Momentan werde verwaltungsintern abgestimmt, wie damit umzugehen sei. Er plädiere dafür, wenn möglich, diesen Vermerk zu streichen und gleichzeitig durch den Verzug die Übertragbarkeit der Mittel in das nächste Jahr verwaltungsintern zu klären.

Es werde des Weiteren ein Konzept zusammen mit den drei Trägern des Auszugsmanagement und mit den Schnittstellen zum verwaltungsinternen IKD (interkultureller Dienst) erstellt.

Zum nächsten Ausschuss werde die Verwaltung über die Ergebnisse berichten.

RM Frau Gärtner regt an, dass die Verwaltung schon mit der Erstellung des Konzeptes beginnen solle, damit der Zeitverzug so gering wie möglich sei, wenn das Geld zukünftig freigegeben werde.

Herr Ludwig antwortet, dass die Träger bereits aufgefordert wurden ein Konzept zu erstellen. Einen ersten Entwurf der Träger wurde seitens der Verwaltung bereits bewertet und wird aktuell von den Trägern erneut ergänzt.

3.)

RM Frau Heuser teilt mit, dass bei der Freiluga in Ansätzen eine Art Barrierefreiheit realisiert worden sei. Jedoch gebe es dort ein kleines Tor, welches in die falsche Richtung aufgehe. Somit haben Rollstuhlfahrer je nach Einschränkung keine Möglichkeit das Tor zu öffnen. Sie fragt, wer das abgenommen habe und wie so etwas passieren könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.)

SE Herr Dr. Dr. Mück erklärt, dass die Verbraucherberatung für fast jede Beratung einen Preis verlange. Er fragt, ob es für Köln-Pass-Besitzer Vergünstigungen gebe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5.)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt, ob es Berichte über die Verwendung der Fördermittel der Wohlfahrtsverbände gebe und ob diese Berichte einsehbar seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass Zuschussempfänger gegenüber der Stadt eine Dokumentationspflicht haben und durch die Verwendung öffentlicher Gelder diese Berichte auch öffentlich zugänglich seien.

6.)

SE Herr Dr. Dr. Mück erinnert an seine Anfrage bezüglich Gewalt im Alter.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass diesbezüglich eine schriftliche Beantwortung noch zur Verfügung gestellt werde.

12 Mitteilungen

12.1 Projektbericht Clearingstelle Migration und Gesundheit Köln 0500/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold berichtet, dass es hierzu im Gesundheitsausschuss einen sehr guten Vortrag gegeben habe. In der Clearingstelle werde hervorragende Arbeit geleistet und der Gesundheitsausschuss habe den Bericht mit Lob zur Kenntnis genommen.

RM Frau Heuser bedankt sich für den Bericht. Im Bericht stehe, dass bei 113 Beratungen der Versicherungsschutz hergestellt werden konnte. Sie fragt, wie viele Menschen als Berater dahinterstehen.

Auf Seite 8 des Berichtes sei in einem Absatz von der fehlenden Vaterschaftsanerkennung die Rede, daraus resultiere ihre Frage, ob in diesen Fällen nicht der Jugendschutz greife.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen 0714/2018

RM Frau Heuser bedankt sich für die Mitteilung. Sie fragt, ob es mittlerweile Zahlen gebe, welche Auswirkungen das für den Haushalt habe.

Des Weiteren teilt sie mit, dass ihre Fraktion das unterstützen werde, wenn man dadurch eine Gleichstellung der Stadtarbeitsgemeinschaften herstelle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.3 Besucherrekord: 2539 Seniorinnen und Senioren kamen zu den vierten Aktionstagen „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vorsorge-Tag in den Gürzenich 0785/2018

RM Frau Gärtner lobt die Veranstaltung und fragt, wann die nächste geplant sei und ob die Möglichkeit bestehe, diese jährlich zu veranstalten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die dahinter stehende Stiftung dem Gesundheitsamt nahe stehe, jedoch nicht potent genug sei, diese Veranstaltung jedes Jahr zu finanzieren.

Er habe großes Interesse an diesen Aktionstagen und stelle in den Raum, wie Wege gefunden werden können, für die Finanzierung zu sorgen. Das Gesundheitsamt habe nur ein sehr geringes Budget und sei somit nicht in der Lage, diese finanzielle Unterstützung selbst zu gewährleisten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt nach einer ungefähren Kostenschätzung.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass diese ca. 25.000 Euro betragen.

RM Frau Gärtner bittet um eine genauere Kostenaufstellung, um hier neue Sponsoren zu finden. Krankenkassen und andere ähnliche Institutionen müssten Interesse daran haben, da die Veranstaltung einen sehr stark präventiven Charakter habe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Bericht über die Beschlüsse des Ausschusses Soziales und Senioren gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln 0549/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich bei den Erstellern für diese aufwendige Auflistung. Er fragt, wie es mit der auf Seite 46 genannten Vorlage weitergehe.

Herr Ludwig berichtet, dass in der letzten Sitzung vor der Sommerpause ein neuer Beschlussvorschlag unterbreitet werde. Dort berücksichtige die Verwaltung auch die bis dahin aktuelle Flüchtlingssituation.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, was „wird nachgereicht“ auf Seite 53 im Bezug zum Drogenhilfekonzept bedeute.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt, dass dies für „in Umsetzung“ stehe.

RM Frau Heuser bezieht sich auf Seite 29 und Seite 30 auf die Bereiche „b“ und fragt, ob die Fertigstellung und die Endabrechnung Ende 2018 erreicht werden, da sonst die Fördergelder verloren gehen.

Zur Unterstützung der Ehrenamtskoordination werde für die Feuerwache und BüZe über die Verteilung ein zweiter Bezirk zugeteilt, da BüZe und die Feuerwache jeweils ein Quartiersmanagement aus dem Sonderprogramm haben. Das Problem sei, dass dies 2018 auslaufe. Die Mindeststandards hätten dann das Problem, dass zwei Stadtbezirke unversorgt seien.

Frau Steinraths antwortet, dass das Ziel der Umsetzung bis Ende 2018 hochambitioniert sei, aber momentan sei die Verwaltung noch zuversichtlich, dass dieses Ziel erreicht werde.

Frau Rehberg ergänzt, dass mit dem Auslaufen 2018 ein Problem auftauche. Um dem entgegenzuwirken, gehe die Verwaltung mit einer Vorlage in den Rat.

SE Herr Dr. Dr. Mück teilt mit, dass der Beschluss der S-Bahn-Haltestelle fehle. Er bittet darum, diesen Beschluss in die Zusammenstellung mitaufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schlägt vor, die fehlende Seite als Ergänzung dem Protokoll anzuhängen.

RM Frau Hoyer fragt, wie der Sachstand zur Ausschreibung des Prototypen für den Lebenslagenbericht auf Seite 64 sei, da die Seite des Berichtswesens verwirrend sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Ausschreibung erfolgt sei, das wissenschaftliche Institut bereits beauftragt und auch in der Umsetzung sei. Aktuell sei die Verwaltung hier im Zeitplan.

RM Herr Klausing sagt, dass die Ehrenamtskarte bereits erfolgreich eingeführt wurde und fortan weiterentwickelt werde. Im Zuge dessen wurde zugesagt, dass die Inhaber der JuLeiCa die Ehrenamtskarte selber bekommen. Es wurde auch zugesagt, dass mit den potenziellen Partnern verhandelt werde, dass auch die JuLeiCa selber Vergünstigungen erhalten solle.

Er bittet um eine Aufstellung für den Jugendhilfeausschuss und für den Ausschuss Soziales und Senioren, wie die Verhandlungen der Verwaltung in den letzten Monaten gefruchtet haben. Außerdem fragt er, wie erfolgreich die Bemühungen waren, dass die JuLeiCa unabhängig von der Ehrenamtskarte zu Vergünstigungen führe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

12.6 Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht 0465/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

12.7 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2017 und Kölner Sprachfest 2018 0948/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.8 Mitteilung zur Beschlussvorlage 0081/2018 - Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 1087/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.9 Fehlende Verlängerung des ESF-Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ ab 01.01.2019 1099/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob die Möglichkeit bestehe, das Problem zu heilen.

RM Frau Gärtner erläutert, dass Förderbescheide oft das Prinzip der Jährlichkeit haben. Tatsache sei, dass geschaut werden müsse, wie sich die ESF-Projekte vom Land weiterentwickeln. Es sei noch kein abschließender Beschluss auf Landesebene gefasst. Es solle jedoch einen neuen Schwerpunkt geben. Dieser werde sich an das Themengebiet Kinder und Jugend in Armut wenden.

In Köln gebe es auch Projekte die sich mit Kinderarmut befassen. Es müsse sich damit auseinandergesetzt werden, ob und dass man ggf. rechtzeitig die Haushaltsmittel umschichte.

Wichtig sei es, darauf zu achten, dass die Projekte nicht enden. Noch sei es aber April und es bestehe noch genug Zeit dagegen zu wirken.

RM Herr Detjen sagt, dass in Köln mit den osteuropäischen Wanderarbeitern eine besondere Situation herrsche. Das sei aber ein kommunales Problem und kein landesweites. Mit dem Land müssen diesbezüglich Gespräche geführt werden.

Er regt an, dass sich auch mit der Polizei beratschlagt werde, da diese dasselbe Anliegen haben dürften wie Verwaltung und Politik.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau nimmt die Anregung mit und wird sich um ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Jürgen Mathies bemühen.

RM Frau Hoyer merkt an, dass es legitim sei, wenn ein Land nach einem Regierungswechsel einen anderen Förderschwerpunkt setze.

Es wurde im Haushalt Geld eingestellt für zwei Projekte, welche noch kommen sollen. Sie fragt, ob man das Geld noch für Projekte nutzen könne, damit diese weiterlaufen können.

RM Frau Heuser führt aus, dass die Verelendung auf einer anderen Ebene mit den 650.000 Euro angegangen wurde. Sie fände es kontraproduktiv, wenn das wenige, was proaktiv gemacht werden könne, um die Menschen in Arbeit zu bekommen, noch versiegen würde.

Frau Rehberg macht deutlich, dass dies ein Pilotprojekt gewesen sei. Die Verwaltung habe keinen neuen Antrag gestellt für das nächste Jahr, weil davon ausgegangen wurde, dass es eine weitere Verlängerung geben werde. Das sei aber wahrscheinlich nicht der Fall durch die Änderung des Förderschwerpunktes.

Das Geld sei im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) eingestellt wurden, die jedoch nur nutzbar seien, wenn die Stadt den Förderzuschlag bekäme, die nun aber wegfällt. Das Geld sei nicht da und könne somit nicht umgeschichtet werden. Es sei lediglich als Kofinanzierung abrufbar.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.10 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
hier: Beschlussempfehlungen zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld
1109/2018**

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold ist irritiert, dass es hier eine Mitteilung statt einer Beschlussvorlage gibt.

Da es Beschlüsse der beiden Stadtarbeitsgemeinschaften gebe, fragt er, wie das weitere Vorgehen der Verwaltung bei diesem Thema sei, da diese Beschlüsse normalerweise als Beschlussvorlage in den Ausschuss gegeben werden.

Frau Rehberg, Leiterin der Dienststelle Diversity erläutert, dass es hier tatsächlich eine Abweichung vom üblichen Verfahren gebe. Das liege daran, dass es in diesem Fall nicht möglich war, eine Beschlussvorlage zeitlich zu schaffen. Die Verwaltung wolle die Politik jedoch vorab informieren. Die Beschlussempfehlung werde es in der nächsten Sitzung geben.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau fügt hinzu, dass hierzu zunächst eine Verwaltungsmeinung insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung hergestellt werden müsse. Die Mehrkosten, die mit dem Anliegen verbunden sind, werden nicht aus den bisherigen Budgets der Dezernate finanzierbar sein.

Daher halte es die Sozialverwaltung vorab für notwendig, die Politik zu informieren.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fasst zusammen, dass es also sein kann, dass eine Beschlussvorlage die nächste Sitzung des Ausschusses erreichen werde, die empfehle, dem Anliegen nicht zuzustimmen. Die Politik habe immer gesagt, dass sie die Stadtarbeitsgemeinschaften finanziell unterstützen wollen. Er appelliere an die Fraktionen, dass hier eine gemeinsame Lösung gefunden werden müsse.

RM Herr Detjen ergänzt, dass verschiedene Anliegen von verschiedenen Akteuren vorliegen, die finanzielle Unterstützung benötigen. Er sei dafür, einen gemeinsamen Weg zu finden, sodass man zu einer einheitlichen Regelung komme. Das müsse in Zusammenarbeit von Politik und den Geschäftsführern der Fraktionen gemacht werden.

RM Herr Klausing schließt sich dem an, dass sich über die Fraktionsgrenzen hinweg ausführlich Zeit genommen werden müsse. In der Diskussion bei der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender sei es nicht nur um den Geldbetrag gegangen, sondern auch um die Anerkennung und die Gerechtigkeit, wieso die Einen etwas erhalten, die Anderen hingegen nicht.

Es müsse darüber diskutiert werden, wie man das Ehrenamt durch Anerkennung wertschätzen könne. Das Ehrenamt müsse von der Stadt gute Rahmenbedingungen erhalten.

RM Frau Heuser sagt, dass die Geschäftsordnung der Stadt Köln mit einbezogen werden müsse. Wenn notwendig müssen sowohl hier als auch bei den einzelnen Satzungen Änderungen herbeigeführt werden.

SB Herr Dr. Schulz hält die gemachten Vorschläge für sehr gut.

Er habe allerdings ein Problem damit, diese Thematik nicht kurzfristig anzugehen. Bei der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gehe es beispielsweise um Geld. Er sei sehr dafür, langfristig eine Lösung zu finden, aber hier liege ein aktueller Beschluss vor, der davon nicht abhängig gemacht werden solle.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold pflichtet seinem Vorredner bei, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Unterstützung sehr bald brauche.

SE Frau Brauckmann ergänzt, dass es stimmt, dass es um Anerkennung gehe, jedoch dass auch die Aufwandsentschädigung ein großer Wunsch sei. Es gehe hierbei auch um Gleichbehandlung. Diese Thematik sei ein politisches Thema und es interessiere sie, wie die Politik damit umgehe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold stellt abschließend fest, dass der Ausschuss auf die Beschlussvorlage warte.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.11 Entwicklung Stadtteilmütter-Projekt in Mülheim, Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der Gescho des Rates CDU (AN/0248/2018) 1009/2018

RM Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung. Bezüglich des temporären Einsatzes für 18 Monate als Stadtteilältern im Bezirk fragt sie, ob damit verbunden sei, dass die neu eingestellten Mitarbeiter erst wieder Kontakte und Vertrauen aufbauen müssen, um dann Platz für die nächste Gruppe von Qualifizierten freizumachen.

Des Weiteren fragt sie, wer sie anstellt und ob es eine Garantie dafür gebe, dass sie als Stadtteilältern arbeiten können. Daraus resultiere auch die Frage, wie sicher die Jobaussichten nach der Abschlussqualifizierung seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Paetzold (Vorsitzender)

Diener (Schriftführer)